

Als Begriff umstritten, als Modell umkämpft

Was Menschen in Deutschland unter „Demokratie“ verstehen

Wissenschaftler*innen messen und bewerten Demokratien weltweit. Aber was verstehen eigentlich politische Eliten und Bürger*innen unter dem Begriff „Demokratie“? Diese Frage ist von entscheidender Bedeutung in einer Zeit, in der die Demokratie in die Defensive gerät – und das selbst dort, wo sie, wie in Deutschland, eine lange Tradition hat. Es existiert definitiv kein gemeinsames liberales Verständnis von „Demokratie“. Umso wichtiger ist die Untersuchung der verschiedenen Perspektiven.

Vanessa Boese-Schlosser, Fabio Ellger, Nikolina Klatt, Janice Ngiam und Daniel Ziblatt

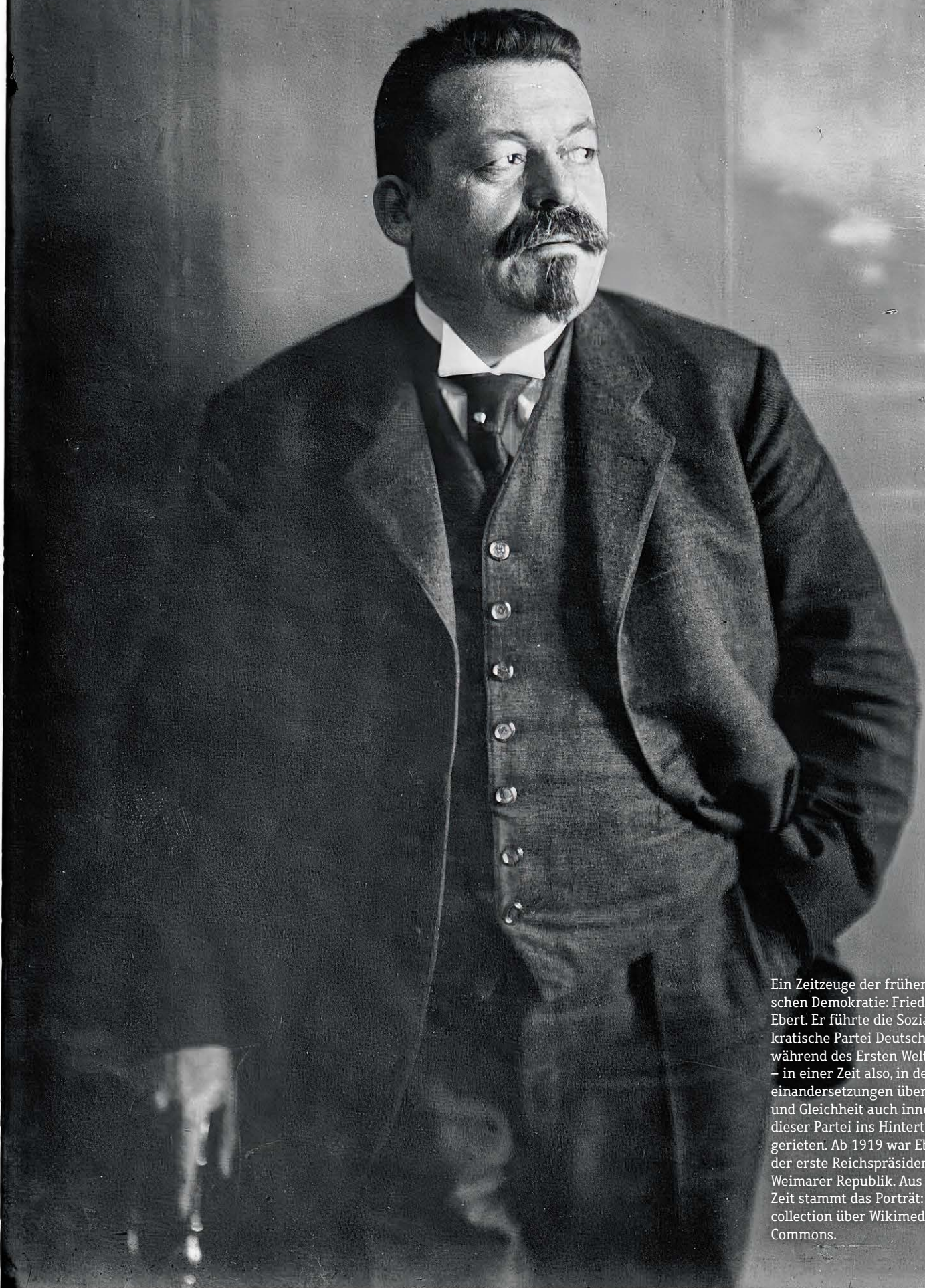
In verschiedenen Projekten sondiert unsere Abteilung Transformationen der Demokratie mit innovativen Methoden die Bedeutung des Begriffs. Eine historische Analyse des deutschen Kaiserreichs zeigt, welche wichtige Rolle progressiven Kräften zukommt, wenn es darum geht, eine Idee für das zu finden, was wir heute als „liberale Demokratie“ bezeichnen. Hier sind die beiden Schlüsselprinzipien Freiheit und Gleichheit. Außerdem haben wir vor kurzem eine bundesweite Umfrage durchgeführt und dabei festgestellt, dass die Menschen in Deutschland sehr unterschiedliche Konzepte mit dem Begriff „Demokratie“ verbinden. Überdies besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem, wie Expert*innen den Zustand der Demokratie in Deutschland einschätzen, und der Wahrnehmung durch die Bürger*innen: Experten bewerten sie wesentlich besser als Bürger*innen. Mit all diesen Projekten zeigen wir, wie unterschiedlich sich Demokratie im Laufe

der Zeit, im Vergleich verschiedener Gruppen und selbst innerhalb bestimmter Gruppen präsentiert.

Im ersten Projekt analysieren wir eine große Sammlung historischer Reden aus den deutschen Parlamenten. Wir konzentrieren uns dabei auf die vordemokratische Ära, das Deutsche Kaiserreich (1871-1918). Der Diskurs über die liberale Demokratie mit den Schlüsselbegriffen Freiheit und Gleichheit lässt sich hier in vier Zeiträume gliedern, in denen die progressiven Kräfte im Parlament eine unterschiedliche Rolle spielten: Die frühe Bismarck-Ära (1871-1880) war gekennzeichnet durch eine konservative Konsolidierung unter Kanzler Otto von Bismarck und den politischen Kampf gegen die aufstrebende Sozialdemokratie. Mit der Einführung des Sozialistengesetzes im Jahr 1878 wurden die Stimmen der sozialdemokratischen Partei an den Rand gedrängt, was den parla-

FR. EBERT

5327-12



Ein Zeitzeuge der frühen deutschen Demokratie: Friedrich Ebert. Er führte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands während des Ersten Weltkriegs – in einer Zeit also, in der Auseinandersetzungen über Freiheit und Gleichheit auch innerhalb dieser Partei ins Hintertreffen gerieten. Ab 1919 war Ebert der erste Reichspräsident der Weimarer Republik. Aus dieser Zeit stammt das Porträt: © Bain collection über Wikimedia Commons.

mentarischen Diskurs über die Demokratie stark beeinflusste. Insbesondere nach der Reichstagswahl von 1881 – der ersten Wahl nach dem Erlass des Gesetzes – wurde spürbar, wie sich die Repressionen gegen demokratische Akteure auf die Zusammensetzung des Parlaments auswirkten.

Nach dem Ende des Verbots, in den Jahren ab 1891, änderte sich die politische Landschaft. Der Aufstieg von Kaiser Wilhelm II. und seine Ambitionen, Deutschland als europäische Großmacht zu etablieren, führten zu einer freizügi-

„Viele Demokraten wollten nicht als Verräter gelten und ließen sich vom nationalistischen Diskurs vereinnahmen“

geren Haltung gegenüber prodemokratischen Gruppen. Während des Ersten Weltkriegs von 1914 bis 1918 und zum Ende des Kaiserreichs schließlich war die Sprache vom Krieg beherrscht. Die Diskurse der konservativen monarchistischen Eliten waren deutsch-nationalistisch. Viele Demokraten im Parlament wollten nicht als Verräter gelten und ließen sich von diesem Diskurs vereinnahmen.

Wir haben Reden im Reichstag daraufhin untersucht, wie oft die Grundprinzipien der liberalen Demokratie, also individuelle Freiheit und Bürgerrechte sowie Gleichheit der Repräsentation, in ihnen auftauchen. In der Zeit vor den Sozialistengesetzen sind diese Prinzipien in den Reden stark vertreten. Die Unterdrückung der Sozialdemokratischen Partei und ihre Abwesenheit vom politischen Diskurs führt ab den 1880er Jahren zu einem starken Rückgang der Diskussion über diese liberal-demokratischen Grundsätze. Daran wird deutlich, welche entscheidende Rolle eine vielfältige Vertretung politischer Akteure für die Entwicklung des demokratischen Diskurses spielt. Nach der Aufhebung der Gesetze in der Wilhelminischen Ära ist eine bemerkenswerte Renaissance des Freiheits- und Gleichheitsdiskurses zu beobachten. Die erneute Beteiligung zuvor unterdrückter progressiver Stimmen belebte eindeutig die Diskussionen über das, was wir heute als Grundprinzipien der liberalen Demokratie betrachten. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs

brachte jedoch eine neuerliche Zäsur – Diskurse über Freiheit und Gleichheit erlebten einen drastischen Abschwung. Der Krieg und die damit einhergehende nationalistische Inbrunst drängten das Streben nach freiheitlich-demokratischen Idealen in den Hintergrund, das politische Geschehen wurde von den ultranationalistischen Monarchisten dominiert. Offene Abweichungen vom nationalistischen Narrativ wurden als Verrat angesehen, wodurch Diskussionen über Freiheit und Gleichheit weitgehend unterdrückt wurden.

Die Schlüsselprinzipien der Demokratie sind also in der öffentlichen Debatte Konjunkturen unterworfen. Politische Repräsentation, insbesondere von pro-demokratischen Akteuren, hat einen entscheidenden Einfluss auf das Reifen liberal-demokratischer Ideen im parlamentarischen Diskurs. Am historischen Beispiel Deutschlands lässt sich zeigen, wie sich politischer Pluralismus und äußere Umstände auf die Ausgestaltung einer Demokratie auswirken. Das Einbrechen und Wiederaufleben demokratischer Diskurse erzählt eine Geschichte vom untrennbaren Verbunden-Sein der liberalen Demokratie mit den Menschen, die gehört werden, und den Zeiten, in denen sie leben.

Aber wie sehen diese Muster heute aus? Was bedeutet Demokratie für den normalen Bürger, die durchschnittliche Bürgerin? Im Dezember 2023 befragten wir mehr als 3.300 Deutsche in

„Wir befragten mehr als 3.300 Deutsche und wollten wissen, was Demokratie für sie bedeutet, wie wichtig Demokratie für sie ist“

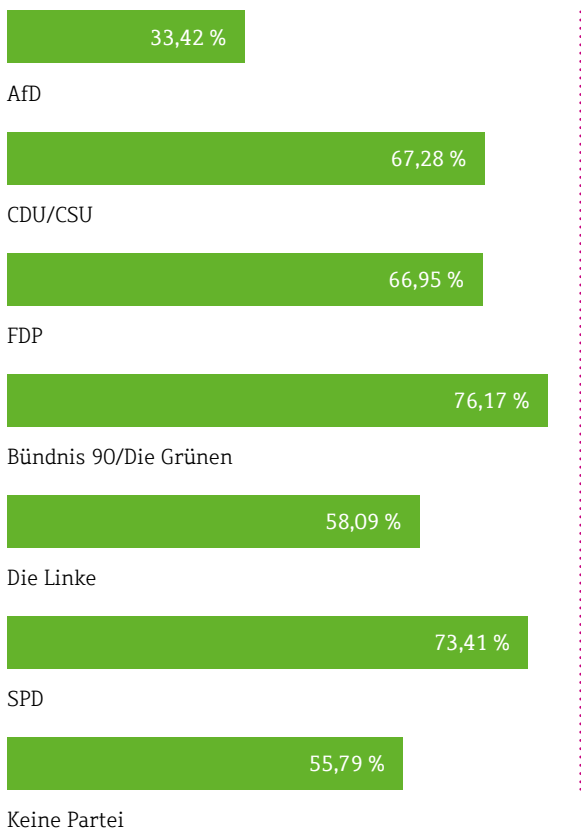
einer repräsentativen Studie. Wir wollten wissen, was Demokratie für sie bedeutet, wie wichtig Demokratie für sie ist und wie demokratisch Deutschland ihrer Meinung nach heute ist. Wir baten die Befragten anzugeben, wie wahrscheinlich sie für verschiedene Parteien stimmen würden, und stuften sie als „Anhänger*innen“ ein, wenn sie genau eine Partei stark unterstützten. Dies traf auf etwa die Hälfte der Befragten zu.

Wir haben die Teilnehmenden gebeten, in ihren eigenen Worten zu beschreiben, was Demokra-

tie für sie bedeutet. In ihren schriftlichen Antworten sind klare Muster über alle Parteien hinweg zu erkennen: Begriffe wie „Gleichheit“ und „Freiheit“, die für liberale Demokratien zentral sind, werden vor allem von Anhängern der Grünen verwendet, gefolgt von SPD und CDU. Interessanterweise liegen die Nennungen dieser Begriffe bei den Anhängern von Die Linke und FDP auf ähnlichem (vergleichsweise niedrigem) Niveau. Die eine Wähler*innengruppe, für die „Gleichheit“ und „Freiheit“ bei der Beschreibung der Demokratie wenig bis keine Rolle spielen, favorisiert stark die AfD. Der Unterschied zu den anderen Parteien ist hier eklatant.

Die Besonderheit der AfD-Wähler*innen wird auch sichtbar, wenn man die Menschen fragt, wie wichtig ihnen die Demokratie ist. Unter unseren Befragten messen diejenigen, die die

Antwort auf die Frage: „Für wie demokratisch halten Sie Deutschland heute?“ nach Parteianhängerschaft



⋮ Von Expert*innen
 ⋮ geschätztes Demokratielevel (81 %)

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Umfrage „What is Democracy (to you)?“.

AfD unterstützen, der Demokratie die geringste Bedeutung zu. Die Wähler*innen aller anderen Parteien sehen die Demokratie als wesentlich wichtiger an, wobei die Anhänger der Regierungsparteien (Bündnis 90/Die Grünen, FDP, SPD) die stärkste Unterstützung für die Demokratie haben. CDU- und Linke-Wähler*innen in unserer Stichprobe messen der Demokratie eine etwas geringere, aber insgesamt immer noch hohe Bedeutung zu.

Wir stellten auch die Frage: „Auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht demokratisch) bis 100 (vollkommen demokratisch): Für wie demokratisch halten Sie Deutschland heute?“. Die Abbildung zeigt die Ergebnisse, und zwar für die Personen, die nur eine Partei stark unterstützen. Sie deutet auf parteipolitisches Denken hin: Diejenigen, die Regierungsparteien wie die Grünen oder die SPD unterstützen, schätzen Deutschland als demokratischer ein – hier liegen die Werte am höchsten. Am anderen Ende des Spektrums stehen die Wähler*innen der AfD, die der deutschen Demokratie die niedrigsten Werte zuordnen.

Interessant ist, dass selbst diejenigen in unserer Stichprobe, die der deutschen Demokratie die höchsten Werte zuschreiben, unter dem liegen, was die vergleichende Politikwissenschaft sagt. Zur Veranschaulichung fügen wir eine rote gestrichelte Linie hinzu, die das Demokratielevel in Deutschland gemäß dem Liberal Democracy Index von V-Dem zeigt. V-Dem ist eine globale Demokratie-Datenquelle für Länder, die bis ins Jahr 1789 zurückreicht. Der Index basiert auf der Bewertung der demokrati-

„Auffallend ist, dass alle Befragten die Demokratie in ihrem Land schlechter bewerten als die Expert*innen“

schen Eigenschaften eines Landes durch Expert*innen, zum Beispiel freie und faire Wahlen, Meinungsfreiheit, Medienfreiheit, Gewaltenteilung, Schutz der Rechte von Einzelpersonen und Minderheiten sowie gerichtliche und gesetzgeberische Beschränkungen des Staatsoberhaupts. Auffallend ist, dass alle Befragten die Demokratie in ihrem Land schlechter bewerten als die Expert*innen.

Ein letzter wichtiger Unterschied besteht zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, die sich eng mit einer politischen Partei identifizieren, und denen, die dies nicht tun. Fast die Hälfte der Befragten in unserer Stichprobe (48 Prozent) sind keine Anhänger einer bestimmten Partei. Diese Gruppe ist hinsichtlich ihres sozioökonomischen Hintergrunds sehr heterogen; vertreten sind alle Bundesländer, alle Bildungsniveaus und alle Einkommensschichten. Dennoch bilden sie in ihren Antworten auf die Fragen „Wie demokratisch ist Deutschland Ihrer Meinung nach heute?“ und „Wie wichtig ist Ihnen Demokratie?“ eine unterscheidbare Gruppe, die (immerhin deutlich) vor den AfD-Wähler*innen an vorletzter Stelle steht. Anhänger aller anderen Parteien sehen Deutschland als demokratischer an und messen der Demokratie auch eine höhere Bedeutung zu. Ebenso weisen Personen, die wahrscheinlich eine von zwei oder mehr Parteien wählen werden, der deutschen Demokratie und ihrer Bedeutung die höchsten Werte zu (nicht abgebildet). Das Gefühl, von mindestens einer Partei vertreten zu werden, scheint eine wichtige Rolle für die Wertschätzung der Demokratie zu spielen.

Die liberale Demokratie ist nicht in einem historischen Moment als ein kohärentes Konzept entstanden. Sie entwickelt sich dynamisch und verändert sich im Laufe der Zeit. Im vordemokratischen Deutschen Kaiserreich wurden die Vorstellungen darüber, was Demokratie bedeutet, maßgeblich von progressiven Eliten geprägt. Als diese verfolgt und unterdrückt wurden, beeinflusste das stark die parlamentarische Auseinandersetzung über Demokratie. Es braucht also pro-demokratische Akteure, damit Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit in modernen Demokratien überhaupt Gestalt gewinnen können.

Aber auch in unseren Zeiten, in denen Autoritarismus und Polarisierung zunehmen, gibt es in Deutschland sehr verschiedene Auffassungen von Demokratie. Ein gemeinsames liberales Verständnis von Demokratie ist also nicht selbstverständlich. Politische Akteure und ihre Anhänger*innen haben unterschiedliche Vorstellungen davon, was Demokratie bedeutet – und bedeuten sollte. Diese Unterschiede und ihre Auswirkungen stehen im Mittelpunkt der Forschungsagenda unserer Abteilung. ●

Vanessa Boese-Schlosser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Transformationen der Demokratie. Sie arbeitete unter anderem als Assistenzprofessorin am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München sowie am Varieties of Democracy (V-Dem) Institute an der Universität Göteborg in Schweden. vanessa.boese@wzb.eu

Fabio Ellger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Transformationen der Demokratie. Sein Interesse gilt der Vergleichenden Politikwissenschaft und dem politischen Verhalten in etablierten Demokratien. fabio.ellger@wzb.eu

Nikolina Klatt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Transformationen der Demokratie. In ihrer Forschung befasst sie sich mit dem Verhältnis zwischen Regimewechseln und reproduktiven Rechten. nikolina.klatt@wzb.eu

Janice Ngiam ist studentische Hilfskraft der Abteilung Transformationen der Demokratie. janice.ngiam@wzb.eu

Daniel Ziblatt ist Direktor der Abteilung Transformationen der Demokratie am WZB sowie Eaton-Professor für Regierungswissenschaften an der Harvard Universität in den USA. daniel.ziblatt@wzb.eu